

# Leipziger Tageblatt

und  
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Dienstag den 29. Mai 1877.

71. Jahrgang.

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisdorfer 33.

Verantwortlicher Redaction:  
Vormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Anzeigen für Zus. Annehm:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Pauls-Bische, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

Anlage 15,100.

Abonnementpreis viertel, 4 1/2, 3/4,  
incl. Frachten 5 1/2, 3/4,  
durch die Post bezogen 6 1/2.  
Jede einzelne Nummer 30 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
incl. Postbefreiung 45 Pf.  
Jahrespreis 46 Pf. Courtois, 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Labelschriften  
nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsbalken  
die Spalte 40 Pf.  
Jahrespreis nach an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postvorschuß.

N<sup>o</sup> 149.

## Bekanntmachung.

Das Freibad am Kopfwehre wird am 1. Juni eröffnet und ist die Beaufsichtigung desselben auch für dieses Jahr dem Fischmeister Herrn Carl Wilhelm Weisner übertragen worden.

Für die Benutzung des Bades gelten die unter  $\odot$  nachstehenden Bestimmungen.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

- 1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Mittags 1 1/2 Uhr und von Nachmittags 3 1/2 Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.
- 2) Die tägliche Schließzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.
- 3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen; nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus dem Bassin und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.
- 4) Die Perrons, Brücken, Auf- und Absteige-Stellen, Bassins und sonstige Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.
- 5) Niemand darf den Andern bespülen, untertauchen oder sonst belästigen.
- 6) Alles unnütze Schreien, Lärmen und Herumläufen in der Anstalt ist untersagt.
- 7) Abwaschungen mit Seife dürfen nicht vorgenommen werden.
- 8) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.
- 9) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.
- 10) Das Mitbringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.
- 11) Das Betreten der Rasenflächen, das Uebersteigen der Barriären und das Baden in den Brunnen und Abflußgräben ist nicht gestattet.
- 12) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.
- 13) Den Anordnungen des Aufsehers ist unweigerlich Folge zu leisten.
- 14) Widersprechlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

## Bekanntmachung.

Donnerstag den 31. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr sollen am Frankfurter Thor eine Partie pappelne Blöcke und dergleichen Reisholz gegen sofortige baare Bezahlung an den Reißbietenden versteigert werden.  
Des Raths Straßenbau-Deputation.  
Leipzig, den 26. Mai 1877.

## Die neue freie deutsche Arbeiterpartei.

Ueber diese neue Parteibildung brachten wir jüngst einen Artikel, der die provisorische Leitung der Partei in Dortmund zu folgender Erwiderung veranlaßt, die wir zunächst ohne Commentar mittheilen wollen:

Herr Ludwig Jermann veröffentlicht in den Nummern 133 und 134 des Leipziger Tageblattes unter dem Titel: „Eine neue Partei“ eine Kritik der von uns im Inbegriff gerufenen „Neuen freien deutschen Arbeiterpartei“, die uns zu einigen Worten der Entgegnung nöthigt. Aus dem von uns unter Mitwirkung vieler langjährig tüchtiger Männer zusammengestellten Programme sowie den Statuten meint Herr Jermann folgern zu müssen, daß wir die Schwierigkeiten bei Bekämpfung der Socialdemokratie bei Weitem unterschätzt hätten, und daß unser Unternehmen ein verfehltes sei. Im Allgemeinen siphelt Herr Jermann's absprechende Kritik in drei Punkten:

- 1) in dem Fehlen eines eigentlichen politischen Programmes, ohne welches die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ keinen Anspruch auf den Namen Partei machen könne; 2) daß das Programm dieser neuen Partei ein ausgesprochenes Classeninteresse verfolge, statt durch geeignete Bestimmungen die allgemeine Hebung und Bildung des politischen Urtheils zu bewirken, und 3) daß in dem Programm, im Widerspruch mit der in dem „Auftruf“ gemachten Mittheilung, „daß alle die Punkte des socialdemokratischen Programms Aufnahme in demjenigen der neuen Partei gefunden, welche als berechtigte Forderungen allgemein anerkannt wurden“, diese nicht alle bezeichnet sind.

Ohne uns auf eine weitläufige Entgegnung auf die übrigen Angriffe des Herrn Jermann, die durch unsere nachstehende Klarstellung wohl von selbst hinlänglich werden, einzulassen, gehen wir direct zur Entgegnung der oben angegebenen drei Punkte über.

Was zunächst den Punkt ad 1 betrifft, so sind wir Herrn Jermann gewissermaßen dankbar dafür, daß er durch diesen seinen Angriff uns Gelegenheit giebt, die Beweggründe zu veröffentlichen, welche uns veranlaßten, vorläufig noch mit keinem eigentlichen politischen Programm hervorzutreten, denn wir sind gerade wegen dieses Punktes vielfach interpellirt worden, daß wir nicht alle an uns gerichteten diesbezüglichen Briefe zu beantworten im Stande wären; wir hoffen daher, daß durch die Veröffentlichung unserer Ansicht hierüber eine klarere Anschauung über unsere nächsten Ziele Platz greifen wird. Abgesehen von verschiedenen anderen Bedenken, deren ausführliche Besprechung hier zu weit führen würde, macht sich aus folgenden Gründen das vorläufige Nichtausstellen eines politischen Programms gebieterisch notwendig. Wie wir es bereits in unserem „Auftruf“ ausgesprochen haben, richtet sich namentlich unser Augenmerk auf die bereits bestehenden, unseren Bestrebungen verwandten Vereinigungen, wie die Vereine für Verbreitung von Volkbildung, die Arbeiter-Fortbildungvereine, die Gewerbevereine x., welche veranlaßt werden sollen, sich

unbeschadet ihrer speciellen Vereinstichtungen anzuschließen. Eine neue Partei, der es noch wegen mangelnder Mitgliederzahl an einer thätigen Basis fehlt, um auf politischem Gebiete irgend etwas Hervorragendes leisten, namentlich bei den Wahlen einen bestimmten Einfluß ausüben zu können, muß naturgemäß ihre Hauptthätigkeit vor Allen darauf richten, sich eine größere Anzahl Mitglieder zu erwerben und namentlich thätige Mitglieder, die einen regelmäßigen Beitrag zahlen, denn bekanntlich ist eine politische Agitation ohne Geld fast eine Unmöglichkeit. Eine neue Partei muß fernher, wenn sie ihre Anhänger unter den minder gebildeten Classen suchen will, wie wir in den Arbeiterclassen, zunächst, um Zweckentsprechendes zu erreichen, einen thätigen Mitgliederstamm allerorten heranzubilden suchen, und das kann nur dadurch geschehen, daß sich vorerst in den verschiedenen Orten sogenannte Zweigvereine gründen, welche regelmäßige Versammlungen abhalten, in denen Vorträge, die sich auf unsere Ziele beziehen, gehalten und sonstige anregende Punkte besprochen werden, um auf diese Weise immer mehr neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen. Dies könnte nun nicht statthaben, wenn wir jetzt schon mit einem politischen Programm vor die Öffentlichkeit treten würden. Denn sobald wir in unser Programm politische Forderungen aufnehmen, müssen, um nicht mit dem Strafrichter in Conflict zu kommen, alle die Beschränkungen eingehalten werden, die das Vereinsgesetz vom 11. März 1850 für politische Vereine festsetzt, und das sind Beschränkungen, die uns bei unserer ersten Agitation für unsere Partei ganz erheblich hindern würden. Nach §. 8 dieses Gesetzes dürfen, was sehr wichtig ist, „A. Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten. Dem sind noch die bekannten Vorschriften wegen rechtzeitiger Anmeldung des Vorstandes, der Veränderungen im Mitgliederstande, sowie überhaupt die Einreichung des Mitgliederzeichnisses und der Anzeigen der Versammlungen zu beobachten. Dies sind Alles Bestimmungen, die einer raschen Entwicklung äußerst hinderlich wären, zumal es uns dann nicht gestattet wäre, mit anderen Vereinen, die ähnliche Zwecke wie wir verfolgen, und die ein politisches Programm bereits besitzen, in Verbindung zu treten. Kurz, wir bezwecken, daß wir eine erste allerorts Mitglieder besitzen, daß wir eine feste Organisation, eine bestimmte Disciplin unter den Arbeitermitgliedern schaffen, und das können wir nur, wenn wir auf die bisherige Weise vorgehen. So muß unsere Partei vorerst den goldenen Mittelweg einhalten, was sie aber nicht abhalten kann und darf, Stellung zu nehmen gegenüber ausstehenden politischen Fragen, namentlich solchen, die in Verbindung mit der inneren Politik Deutschlands stehen.

Wenn nun Herr Jermann nach allem Diesem von Neuem die Behauptung aufwerfen wird, daß unsere Partei keine „Partei“, sondern lediglich ein „Verein“ sei, so muß diese Behauptung allerdings für die nächste Zukunft zu Recht bestehen, wenn gleich die offen ausgesprochene Absicht, selbst

Reichstagscandidate aufzustellen, gewiß schon jetzt eher an eine Partei, als an einen Verein erinnert. Allein die Reichstagswahlen finden erst wieder in drei Jahren statt, während welcher Zeit die Partei sich so weit entwickelt und organisiert haben wird, daß sie mit einem politischen Programm an die Öffentlichkeit tritt werden können. Unterdeß wird nach Möglichkeit für die allgemeine Hebung und Bildung des politischen Urtheils gewirkt werden, wie es auch in der Abtheilung B ad b und d unseres Programms vorgesehen ist; namentlich die Versammlungen der Ortsvereine sollen hierzu nach Kräften beitragen. Auf diese Weise erstarkt und fest gegliedert, kann dann auch Erspriechliches geleistet werden. Gerade wegen der Auffassung eines politischen Programms für die neue Partei haben wir wochen-, ja monatlang mit den hervorragendsten Mitgliedern des Reichstages in schriftlichem und mündlichem Verkehr gestanden, bis nach reiflicher Ueberlegung man es für am Angemessensten hielt, ein solches wenigstens vorläufig noch nicht zu veröffentlichen. Was Herr Jermann als „arge Oberflächlichkeit“ bezeichnet, erweist sich also in Wirklichkeit als ein Product reiflichen Nachdenkens. Was wir wollen, das geht über die Reichstagswahl hinaus, und das ist die Hebung und Bildung des politischen Urtheils der Arbeiterclassen, und wenn wir dies letztere Wort betonen, so kann Herr Jermann wohl daraus ermessen, daß unser politischer Standpunkt nicht auf der äußersten Linken zu suchen ist. — Wäge sich also Herr Jermann eine kurze Zeit gebuldet, bis die „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ feste Wurzeln geschlagen, dann wird auch seine Willkür bestritten werden. Es soll aus dieser unserer eben angebotenen politischen Anschauung auch durchaus kein Hehl gemacht werden, sondern Sache unserer Agitatoren sein, dieselbe in jeder gewünschten Weise an die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn wir schon jetzt den Namen „Neue freie deutsche Arbeiterpartei“ angenommen haben, so geschieht es aus dem einfachen Grunde, weil eine spätere Namensveränderung einer größeren, weitverzweigten Vereinigung stets unliebsame Erscheinungen im Gefolge hat.

Der Punkt 2) ist theilweise schon durch obige Auseinandersetzung mit erledigt worden: Hebung und Bildung des politischen Urtheils sind ausgesprochenstermaßen unsere hauptsächlichsten und nächsten Aufgaben. Bei nur einigem aufmerksamen Lesen unseres „Auftruf“ wird dies Jedem deutlich hervorgehen. Wenn wir nun in unserem Programm die Interessen einer einzelnen Classe, der Arbeiterclassen, besonders betont haben, so geschieht es, weil die antisocialistischen Arbeiter nur dann aus ihrer bisherigen politischen Unthätigkeit herausgerüttelt werden, wenn sie erkennen, daß es sich um ihre speciellen Interessen handelt. Allein dies war nicht einmal der leitende Gesichtspunkt. Von Allen unbekannt ist die Thatsache der traurigen Lage der Arbeiterclassen, die den weitaus größten Theil (89 Proc.) der Bevölkerung ausmacht. Hier helfend zu wirken, muß Jedem, der noch ein mitleidendes Herz besitzt, Ehrensache sein, und im antisocialistischen Sinne helfend zu

## Bekanntmachung.

Wie in jedem Frühjahr, so sind auch in der letzten Zeit mehrfach Beschädigungen unserer Promenaden, namentlich durch Abpflücken von blühenden Hollunderzweigen, vorgekommen und wir nehmen daher Veranlassung, hierdurch wiederholt darauf zu verweisen, daß derartige Frevel nicht polizeiliche, sondern unbedingt gerichtliche Bestrafung nach sich zieht. In §. 304 des Reichsstrafgesetzbuchs ist folgendes bestimmt:

Wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft, oder Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind, oder Grabmäler, öffentliche Denkmäler, Gegenstände der Kunst, der Wissenschaft oder des Gewerbes, welche in öffentlichen Sammlungen aufbewahrt werden oder öffentlich ausgestellt sind, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen oder zur Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze oder Anlagen dienen, beschädigt oder zerstört, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark bestraft.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlaß der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar.

Unsere Wachen sind angewiesen, gegen Alle, welche bei dem vordemerkten Vergehen betroffen werden, mit größter Strenge einzuschreiten.  
Leipzig, den 25. Mai 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Dr. Reichel.

## Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebenen Pflasterarbeiten in der Kleinen Burggasse sind vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entbunden.  
Leipzig, den 25. Mai 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Bangemann.

## Bekanntmachung.

Die Herstellung eines neuen Brunnens an der Krudstraße allhier soll, vorbehaltlich der Auswahl unter den Submittenten, an den Mindestfordernden vergeben werden. Bedingungen sowie Anschlagformulare liegen auf dem technischen Bureau der Stadtwaasserkanal (Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 5) aus, werden auch daselbst auf Verlangen verabreicht. Offerten sind unter der Aufschrift „Neuen Brunnen an der Krudstraße etc.“ versiegelt bis zu dem 1. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr bei genanntem Bureau einzureichen.  
Leipzig, den 23. Mai 1877.

Des Raths Deputation zur Wasserkanal.

Wirken, das war und ist der Zweck der „Neuen freien deutschen Arbeiterpartei“. Wie die socialistische Partei die Arbeiterinteressen, so mußten auch wir sie betonen, denn auch unsere Partei ist eine Arbeiterpartei. Und wir meinen, daß, wenn wir für die Verbesserung des größten Theils eines Volkes ein Programm entwerfen, dessen Grenze nicht als eine gar zu enge bezeichnet werden könnte. Befindet sich der größte Theil eines Volkes in behaglichen Verhältnissen, nun so wird auch der Gesamtwohlstand dieses Volkes ein erfreulicher sein. Relativ wird also die verbesserte Lage der Arbeiterclassen nicht dieser allein zu Gute kommen.

Wenn Herr Jermann nun ad 3 sagt, daß wir in das Programm nicht, wie versprochen, alle die Punkte des socialistischen Programms aufzunehmen hätten, welche als berechtigte Forderungen allgemein anerkannt würden, so erlauben wir uns doch anderer Meinung zu sein. Wir haben gerade den sogenannten „berechtigten Forderungen“ der Socialisten die größte Aufmerksamkeit gewidmet und sie einer strengen Prüfung unterzogen, ehe wir zu einer Aussonderung schritten. Die von uns mit herübergenommenen Punkte umfassen so ziemlich Alles, was von antisocialistischer Seite als berechtigte Forderungen des socialistischen Programms bezeichnet wird.

Uebrigens sind sowohl die Statuten als auch das Programm nur provisorisch aufgestellt. Beides soll in dem am 3. und 4. Juni in Raffel tagenden Congresse durchberathen und dann definitiv festgestellt werden. Änderungen sind also durchaus nicht ausgeschlossen, wie auch wir deren noch vorschlagen werden. Herr Jermann hätte demnach besser gethan, wenn er mit seiner Kritik bis nach dem Congresse gemartet hätte, wo er dann ein fait accompli vor sich gehabt!

Schließlich erwidern wir noch auf den Vorwurf, „daß es zu der Bekämpfung der Socialdemokratie keiner neuen Partei bedürfe, da es ohnehin schon genug Parteien in Deutschland gebe, und jede weitere Spaltung dem gemeinsamen Feinde nur Nutzen bringen könne“, — daß wir, wie es ja auch im „Auftruf“ deutlich ausgesprochen ist, keine Zersplitterung, sondern eine Vereinigung aller behufs Bekämpfung der Socialdemokratie oder zu ähnlichen Zwecken gegründeten Vereine zu einem einzigen großen Ganzen bezwecken. Vereint wird denn auch Hervorragendes geleistet werden können, während die Kränkungen der vereinzelt vereine bisher fast ohne allen Erfolg geblieben sind. Die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit einer solchen Vereinigung ist daher zu augenscheinlich, als daß wir noch ein Wort darüber zu verlieren brauchen.

Das provisorische Comité.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 28. Mai.

Wie der „Allg. Ztg.“ nachträglich aus Reg. gemeldet wird, hat der Bischof von Reg. Konseigneur du Pont des Loges, den Kaiser bei dem Empfang in der Präfector zu Reg. in dem Sinne angedeutet, daß, wenn er auch nicht als Fürst der römischen Kirche ihm huldigen